

P R O T O K O L L
der 351. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. März 2013
Zeit	19.30 - 21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Fitze Wehrle Barbara, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Häusermann Martin, Humm Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kästli Marc, Näf-Piera Virtudes
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Soltermann Ernst, Leiter Umwelt + Verkehr
Entschuldigt abwesend	GGR: Corti Andrea, Damke Andreas, Friedli Rolf, Lüthi Adrian, Treier Hannes
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 8

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. Februar 2013	38
2	Regionalkommission; Wahl der Mitglieder für die Amtsdauer vom 1. Januar 2013 - 31. Dezember 2016	38
3	Sportkommission; Wahl des Präsidiums	39
4	Sanierung Stadttheater Bern; Gemeindebeitrag	40
5	Schulanlage Seidenberg, Dachsanierung Oberstufentrakt	43
6	Autobahnanschluss A6 Muri / Verkehrsmassnahmen; Beantwortung von Fragen der Parlamentsmitglieder	48
7	Informationen des Gemeinderats	53
8	Neue parlamentarische Vorstösse	53

Der Vorsitzende eröffnet die 351. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 19. Februar 2013

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Regionalkommission; Wahl der Mitglieder für die Amtsdauer vom 1. Januar 2013 - 31. Dezember 2016

Die Fraktionen schlagen folgende Personen zur Wahl vor:

– Marti Beat	forum
– Raaflaub Ruth	FDP/jf
– Spycher Christian	SVP
– Treier Hannes	FDP/jf
– Wegmüller Beat	SP

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig als Mitglieder der Regionalkommission gewählt.

Sämtliche Gewählten erklären Annahme der Wahl. Der Vorsitzende orientiert, der abwesende Hannes Treier habe vorgängig schriftlich die Annahme für den Fall seiner Wahl erklärt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gewählten herzlich zur Wahl.

Präsidium für das Jahr 2013

Die SP schlägt zur Wahl vor:

Wegmüller Beat

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Wegmüller wird einstimmig als Präsident der Regionalkommission für das Jahr 2013 gewählt.

Beat Wegmüller (SP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Beat Wegmüller herzlich zur Wahl.

Vizepräsidium für das Jahr 2013

Die FDP schlägt zur Wahl vor:

Treier Hannes

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Hannes Treier wird einstimmig als Vizepräsident der Regionalkommission für das Jahr 2013 gewählt.

Der Vorsitzende orientiert, auch diesbezüglich habe der abwesende Hannes Treier vorgängig schriftlich die Annahme für den Fall seiner Wahl erklärt.

3 Sportkommission; Wahl des Präsidiums

Der Vorsitzende führt aus, die FDP. Die Liberalen schlage für das vakante Präsidium der Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer Andrea Corti, Mattenstrasse 31, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Andrea Corti wird einstimmig als Präsident der Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Andrea Corti herzlich zur Wahl.

4 Sanierung Stadttheater Bern; Gemeindebeitrag

Jürg Stettler führt als Sprecher der GPK aus, wie viele ParlamentarierInnen auch, habe die GPK von der Führung im Stadttheater profitiert. Diese sei sehr spannend gewesen und man habe nicht Profi sein müssen um festzustellen, dass ein grosser Investitionsbedarf bestehe, damit das Stadttheater wieder entsprechend daherkomme. Es gebe dort Arbeitsplätze, die beinahe schon menschenunwürdig seien und die besichtigte Kantine verdiene ihren Namen sicher nicht. Deshalb sei klar, dass die GPK dem Rat den beantragten Beitrag von CHF 282'007.70 zur Genehmigung empfehle. Gut 14 % der Besucher würden aus unserer Gemeinde stammen und es wäre peinlich, wenn gerade die Gemeinde Muri ihren Beitrag nicht leisten würde. Es handle sich um einen bescheidenen Betrag, wenn man ihn mit demjenigen der Gemeinde Köniz vergleiche. Köniz habe bei einem Besucheranteil von 7 % dreimal mehr als Muri zu bezahlen. Beim Stadttheater handle es sich um eine Institution – wie der Bärengraben oder der "Zytglogge" – und es wäre schrecklich, wenn es kein Theater mehr geben würde; unabhängig davon, ob nun jemand oft oder nie hingehe, es gehöre einfach zu Bern. Die GPK empfehle dem Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und den Beitrag von CHF 282'007.70 zu genehmigen.

Patricia Gubler erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, sie sei heute Morgen sehr gespannt zum Briefkasten gegangen, um im "Bund" den Entscheid von Köniz zu erfahren. Köniz habe gestern Abend ein Signal gesetzt und mit grosser Mehrheit dem Geschäft zum Gemeindebeitrag an die Sanierung des Stadttheaters zugestimmt. Die Könizer seien sogar noch etwas weiter gegangen und würden mit einer Solidaritätsklausel verlangen, dass sich mindestens 2/3 der Gemeinden aus der Kernzone an den Kosten beteiligen müssten. Sie habe sich überlegt, weshalb dieser Beitrag so wichtig sei. Die Renovation des Stadttheaters umfasse grob gesagt zwei Bereiche, die beide für die Zukunft dieser Institution sehr wichtig seien. Dies sei einerseits der dringend notwendige Unterhalt des Bestehenden, nämlich die Sanierung der Gebäudehülle und die Erneuerung der total veralteten und den Sicherheitsvorschriften nicht mehr genügenden Bühnentechnik. Ohne diese Massnahmen sei der Betrieb künftig nicht mehr gesichert. Andererseits werde die Infrastruktur für die Angestellten und vor allem für das Publikum verbessert. Der Sitz- und Sichtkomfort im Zuschauersaal gewinne und es gebe neue Publikumstoiletten. Zudem ziehe die Vorverkaufskasse wieder ins Foyer. Am bisherigen Ort in der alten Kornhauspost werde die Theaterkantine eingerichtet, ein sogenanntes Premierencafé, das zu bestimmten Zeiten auch vom Publikum besucht werden können. Dadurch würden Schwellen abgebaut und das Haus gegen aussen noch mehr geöffnet. Auch dies sei heute für ein Theater, das sein Publikum behalten und neues dazu gewinnen wolle, unverzichtbar.

Doch weshalb brauche es überhaupt ein Stadttheater oder anders gesagt, brauche jede Stadt ihr eigenes Stadttheater? Die Diskussion sei uralte und werde immer wieder von neuem geführt. So auch letztes Jahr anlässlich der polemischen Streitschrift "Kulturinfarkt", in der die Autoren – darunter der Pro-Helvetia-Direktor Pius Knüsel – die Schliessung jedes zweiten Museums und Theaters gefordert hätten.

Hier ein paar Argumente, weshalb sich Bern und die umliegenden Gemeinden auch künftig ihr Stadttheater leisten müssten:

- Es handle sich um einen Ort, an dem das Publikum die grossartigen Kunstformen Oper, Schauspiel und Ballett geniessen könne, und zwar auf künstlerisch und ästhetisch hohem und spannendem Niveau. Gerade die neue Crew unter Theaterdirektor Stephan Märki lasse diesbezüglich noch einiges erhoffen.
- Das Stadttheater könne durch seine Grösse ein breites Programm für ein breites Publikum anbieten; für Bildungsbürger, für Theaterfans und auch für die Jungen.
- Dank den Subventionen müsse das Stadttheater bei der Spielplangestaltung nicht nur darauf achten, was Mainstream sei und sich gut verkaufe. Dies bedeute, dass einerseits die grossen alten Bühnenwerke gepflegt würden, es aber auch immer wieder Platz für neue Stücke und Darstellungsformen habe. Manchmal seien dies wahre Experimente und wie es bei den Experimenten so sei, würden manche daneben gehen. Dank jenen aber, die gelingen würden, könne sich die darstellende Kunst weiterentwickeln und lebendig bleiben, auch in einem barocken Tempel wie dem Stadttheater Bern.
- Natürlich könnte man auch nach Zürich, Basel oder Luzern reisen, um gute Opern, gutes Schauspiel und gutes Ballett anzuschauen. Grosse Bühnenliebhaber würden dies ohnehin ab und zu tun. All die anderen aber sicherlich nicht. Weil es zu aufwändig wäre, weil die Theater in Zürich, Basel und Luzern oder deren Produktionen mit ihnen nicht viel zu tun hätten und in Bern nicht Gesprächsstoff seien. Deshalb würden dem Stadttheater wichtige Funktionen zukommen: Es könne auf Lokales und die lokale Bevölkerung eingehen, Traditionen berücksichtigen und zur Debatte stellen und Menschen – vor allem auch den Jungen – den Zugang zur Theaterkunst ebnen. Es erfülle also auch einen Bildungsauftrag.
- Nicht zuletzt: Wenn Bern Hauptstadt sein wolle – und zwar wirklich Hauptstadt –, dann müsse sich Bern auch weiterhin mit allen Bereichen der heutigen Kunst auseinandersetzen. Auch mit Theater. Eine Kunstform, die anders als ihre Konkurrenten, das Fernsehen und das Kino, keine Einwegkommunikation sei und sich immer live präsentiere. Und deshalb wohl auch besondere Kraft habe, Emotionen wie Betroffenheit, Enttäuschung, Wut oder Begeisterung zu erzeugen und Diskussionen auszulösen.

Sie habe nun etwas ausgeholt und hoffe, dass sie die Ratsmitglieder mit ihren Argumenten pro Theater habe überzeugen können. Die ausführliche Botschaft enthalte aus ihrer Sicht alle sonstigen Argumenten, Facts und Unterlagen. Alle hätten Gelegenheit gehabt, das heutige Stadttheater zu besuchen und sich ein Bild von der Situation zu machen. Mehr als 2/3 hätten davon Gebrauch gemacht. Auch sie sei im Stadttheater gewesen und sie sei überzeugt, dass die Sanierung dringend notwendig sei. Dies gehe nicht ohne Unterstützung von allen, insbesondere auch der umliegenden Gemeinden. Immerhin würden die Besucher aus unserer Gemeinde 14,7 % ausmachen. Köniz sei gestern mit gutem Beispiel voran gegangen, nun sei es an Muri, ein positives Signal zu setzen. Für weitere Fragen würden Thomas Hanke und sie gerne zur Verfügung stehen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Marti führt aus, die forum-Fraktion sei einhellig der Meinung, dass das Stadttheater Bern eine gute und unterstützungswürdige Institution sei. Eine Institution, die durch Muriger Gemeindegängerinnen und Gemeindegänger rege genutzt werde. Schon aus der Sicht dieser Beliebtheit des Stadttheater-Angebots sei die Unterstützung der Institution sicher im Interesse unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Der Sanierungsbedarf sei enorm und das forum frage sich deshalb, ob es nicht zukunftsweisender wäre, regelmässige Rückstellungen zu machen und eine vorsorgliche Finanzplanung für weitere Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten zu er-

richten. Die forum-Fraktion unterstütze die Freigabe der jetzt nötigen Beiträge unserer Gemeinde und damit die Anträge des Gemeinderats.

Ruth Raaflaub erklärt, die FDP/jf-Fraktion sei einstimmig der Meinung, den Beschluss des Gemeinderats bezüglich der baulichen und technischen Sanierungsbeiträge für das Stadttheater zu unterstützen. Man habe – wie bereits mehrmals gehört – Gelegenheit gehabt, sich über den Zustand des Stadttheaters vor Ort informieren zu lassen. Vor allem die sanitären Anlagen, aber auch die Sitze im Zuschauerraum müssten dringend erneuert werden. Der Zustand der technischen Vorrichtungen beim Bühnenturm sei zum Teil so schlecht, dass viele für Vorstellungen nötige Effekte aus Sicherheitsgründen gar nicht mehr ausgeführt werden dürften. Sie erinnere sich beispielsweise daran, dass jeweils anlässlich des Weihnachtsmärchens das "Rumpelstilzchen" im Boden verschwunden sei. Dies sei nun nicht mehr erlaubt, ebenso wie das Herumfliegenlassen von Gegenständen, was sie als schade erachte. Der Ballettübungsraum entspreche dem Zustand eines Übungsraums, wie sie ihn vor 30 Jahren in der Tschechoslowakei gesehen habe, wo für solche Räume kein Geld zur Verfügung gestanden habe. Das Stadttheater gehöre zu Bern wie das Bundeshaus, stamme ebenfalls aus dieser Zeit und müsse dementsprechend gepflegt werden. Dass auch Muri als Agglomerationsgemeinde ihren Beitrag leisten müsse, stehe ausser Frage. Unsere Gemeinde könne vor allem auch durch die ideale Lage vom Stadttheater profitieren – 10 Tramminuten vom Stadttheater entfernt, es könnte ebenso gut in unserer Gemeinde liegen. Auch wenn Muri uneingeschränkt ja sage zum Sanierungskredit, heisse dies noch nicht, dass man mit jeder Selbstinszenierung gewisser Regisseure einverstanden sein werde, welche am Durchschnittsgeschmack des Publikums vorbeiszenieren und dadurch leere Ränge in Kauf nehmen würden. Dies würde man dann beim Betrieb nicht ohne Weiteres mitzutragen helfen.

Lisa Müller führt aus, die SP-Fraktion sei ganz klar für den Beitrag für die Sanierung des Stadttheaters. Das Stadttheater werde von unseren Einwohnerinnen und Einwohnern sehr rege benutzt. Die SP bedanke sich auch für die Möglichkeit, sich vor Ort ein Bild der Infrastruktur machen zu können. Die Besichtigung habe eindrücklich die Mängel gezeigt, die sich zum Teil auf moderne Regiearbeiten auswirken würden. Oder auch Mängel, die in Bezug auf die Arbeitsbedingungen für die erstaunlich zahlreichen Mitarbeitenden, die externen Gäste und natürlich die Zuschauenden durchschlagen würden. Trotz der Zustimmung möchte die SP auf folgenden Aspekt hinweisen: Viele Kulturinstitutionen würden Unterstützungsbedarf formulieren; grosse, kleine, etablierte, junge und innovative unterschiedlichster Art. Es sei nicht klar, nach welchen Kriterien Muri Unterstützungsbeiträge ausrichte, von welchen Leitgedanken sich der Gemeinderat leiten lasse, wenn er Anfragen nach Unterstützung von kulturellen Institutionen zu bearbeiten habe. Die SP werde deshalb einen Vorstoss zirkulieren lassen, der bezwecke, mehr Klarheit und Transparenz in die Ausschüttungspolitik zu bringen. Es solle sichtbar gemacht werden, an welchen Kriterien sich der Gemeinde jeweils bei der Beurteilung von Unterstützungsanfragen von Kulturinstitutionen orientiere.

Christian Spycher führt namens der SVP-Fraktion aus, die Vorredner hätten die Unterstützung bereits sehr ausführlich beschrieben. Die SVP-Fraktion habe sich ganz klar dazu geäussert, dass keine Kostenüberschreitung – weder wirtschaftlich noch politisch – toleriert werden könnte. Die Planungsgemeinschaft, inkl. der Stadtbauten und dem Lenkungsausschuss mit unserem Präsidenten Thomas Hanke als Vertreter der Kommission Kultur, werde deshalb aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass keine Kostenüberschreitung stattfinde. Die Beitragsleistungen in den Jahren 2014, 2015 und 2016 à CHF 95'000.00 werde als faire Grösse erachtet, da es sich ja um einen freiwilligen Beitrag der Gemeinden der Teilkonferenz Kultur handle. Jahr für Jahr würden Betriebs- und Unterhaltskosten anstehen. Diese sollten genauer budgetiert werden, da die Anforderungen an die neuen technischen und 3-D-Animationen

steigen würden und damit in 10 bis 15 Jahren nicht wieder ein gleicher Antrag vorliege. Wie in der Wirtschaft sollte eine Vollkostenrechnung (Amortisationskosten) ins Auge gefasst werden. Die SVP-Fraktion unterstütze den vorliegenden Antrag des Gemeinderats.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jürg Stettler noch von Patricia Gubler verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Gemeinde Muri bei Bern beteiligt sich gemäss Finanzierungsschlüssel im Umfang von CHF 282'007.70 an den Kosten für die bauliche und technische Sanierung des Stadttheaters Bern; der entsprechende Objektkredit wird bewilligt.
2. Die Beitragsleistung erfolgt zu je einem Drittel in den Jahren 2014, 2015 und 2016.

5 Schulanlage Seidenberg, Dachsanierung Oberstufentrakt

Isabelle Gossweiler führt aus, die GPK habe sich anlässlich der letzten Sitzung über die Dachsanierung Seidenbergschulhaus detailliert informieren lassen. Wieder stehe ein sehr hoher Betrag von CHF 1,3 Mio. zur Debatte. Seit 2009 seien bei der Dachkonstruktion im Seidenbergschulhaus vermehrt undichte Stellen festgestellt worden, die zu Wassereintritt geführt hätten. Aufgrund der anstehenden Schulraumplanung sei die Renovation bzw. die Instandstellung des Dachs bis zum definitiven Abschluss der Planung – was ja eigentlich Sinn mache – hinausgeschoben worden. Jetzt zeige sich allerdings, dass das Geschäft nicht mehr länger aufgeschoben werden könne; dies, obwohl die Schulraumplanung immer noch nicht definitiv abgeschlossen sei. Der ordentliche Schulbetrieb im Zeichnungsraum unter dem Dach könne je länger je weniger gewährleistet werden. CHF 1,3 Mio. seien sehr viel Geld für ein Dach. Die Verteuerung dieses Auftrags sei sicher damit verbunden, dass die Kosten von Jahr zu Jahr ansteigen würden. Honorare und Gerüstbau würden auch zu Buche schlagen, seien aber im Rahmen und branchenüblich. Auflagen betr. Isolation/Energie würden das Übrige zu den Mehrkosten beitragen. Die Auflagen des Denkmalschutzes, die zur jetzigen Bauvariante – also zur Undichte der Dachkonstruktion – geführt hätten, müssten ebenfalls berücksichtigt werden. Es sei zu begrüssen, dass der Denkmalschutz diesmal die energetischen Aspekte des Bauvorhabens höher gewertet habe, als die ästhetischen und die vorgeschlagenen Baulösungen zu aller Befriedigung seien. Dass die Bauzeit über den Winter gehe, spiele nach Rückfragen beim Architekten und beim Gerüstbauer keine Rolle, da sowohl im Sommer wie im Winter ein zusätzliches Schutzdach nötig sei. Dass eine Wärmeisolation bzw. eine Wärmebrücke eingerechnet sei, damit die Wärme im Winter auch wirklich im Schulhaus bleibe und nicht die Gegend aufheize, sei selbstverständlich. Und zu guter Letzt könnten die Mauersegler im Sommer noch brüten und dies erfreue doch unser aller Herz. Die GPK stimme dem teuren Dach einstimmig zu, im Wissen, dass die Bauverwaltung die Kosten laufend kontrollieren und so im Griff behalten werde.

Barbara Künzi führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, wenn sie so in die Runde schaue stelle sie fest, dass das vorherige Geschäft schon etwas erfreulicher gewesen sei. Sie verstehe, dass die Ratsmitglieder nicht sehr begeistert dreinblicken würden, wenn sie nun mit CHF 1,3 Mio. komme, die in eine simple Dachsanierung gesteckt werden müssten. Es gehe ihr gleich, sie würde das Geld gerne anderswo investieren. Dass damals eine suboptimale Konstruktion gewählt worden sei und heute eine Korrektur erfolgen müsse, sei aber leider eine Tatsache. Das Dach sei undicht und es

müsse etwas unternommen werden. Es liege ihr auch nicht ganz fern, die Denkmalpflege bei den nächsten anstehenden Sanierungen in die Pflicht zu nehmen, damit so etwas nicht wieder passiere. Derartige Sanierungen würden anstehen, beispielsweise im Aebnit, wo die Denkmalpflege ebenfalls mitreden werde, was getan werden dürfe. Sie wolle aber auch daran erinnern, dass das Parlament anlässlich der GGR-Sitzung vom November 2011 bei der Schulraumplanung die Variante IST und IST+ bevorzugt habe. Dies heisse, dass wir alle Schulhäuser behalten würden, was wiederum bedeute, dass man sie in Stand halten und unterhalten müsse. Die Konsequenz daraus sei der vorliegende Kreditantrag für die Dachsanierung; das Dach sei im wachsenden Schaden. Man wisse annähernd aber nicht genau, wie gross der Schaden sei. Es werde sich erst herausstellen, wie viel Wasser eingedrungen und was kaputt sei, wenn das Dach offen sei. Was gemacht werde und wie viel es kosten werde, sei einerseits aus der Botschaft ersichtlich, andererseits aus dem Bauprojekt mit Kostenvoranschlag. Sie wolle hier nicht alles wiederholen, dies wäre langweilig.

Im Vorfeld dieses Geschäfts seien ihr einige Fragen gestellt worden, die sie nun gerne zuhanden des Parlaments beantworte:

1. *Warum bauen wir im Herbst/Winter?*
Als sie dieses Geschäft in die Hand bekommen habe, habe sie gedacht, die Sanierung des Daches müsse nun angegangen werden. Als das Geschäft das erste Mal im Gemeinderat gewesen sei, habe es sodann geheissen, man sollte nicht im Sommer bauen, damit die brütenden Mauersegler nicht gestört würden. Dies könne so vermieden werden, indem die Mauersegler weg wären und im Frühling zurückkehren würden, wenn die Sanierung abgeschlossen sei.
2. *Warum kostet das Gerüst CHF 200'000.00?*
Wie die GPK-Sprecherin bereits ausgeführt habe, müsse ein Notdach errichtet werden. Dieses werde vom Gerüst gestützt. Das Notdach verhindere das Eindringen von Regen und müsse unabhängig von der Jahreszeit errichtet werden, da es auch im Sommer regne oder hagle.
3. *Warum isoliert man nicht gleich auch noch die Gebäudehülle, um Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen?*
Sie weise darauf hin, dass das Seidenberg-Schulhaus denkmalgeschützt sei. Man könne nicht einfach von aussen isolieren, es müsste wieder die Denkmalpflege – mit welchen Ideen dann auch immer – begrüsst werden. Sie verweise aber darauf, dass sämtliche Fenster in diesem Oberstufentrakt ersetzt worden seien. An der Sitzung vom 23. August 2011 habe der GGR die letzte Kreditabrechnung betreffend Fensterersatz genehmigt. Im Moment sei also das Dach dringend und es finde auch eine energetische Verbesserung statt. Ansonsten gebe es andere Schulhäuser, wo eine Sanierung oder eine energetische Verbesserung sicher dringender wäre.
4. *Was kostet eine Isolation der Gebäudehülle grob geschätzt bzw. beispielsweise mit Aerogel-Material?*
Sie habe bereits in anderem Zusammenhang gesagt, dass sie sich weigere, derartige Grobkostenschätzungen abzugeben und sie weigere sich auch, die Verwaltung damit zu beauftragen. Dazu sei ein Fachmann notwendig und wenn es so weit sei, dass man etwas machen müsste, werde der Fachmann gefragt, welches Material zu wählen und wie zu isolieren sei. Aber auch dazu werde die Denkmalpflege ihre Meinung äussern. Dann wisse man auch, wie viel das koste und dann könne sie dies dem Rat vorlegen.
5. *Haben wir eine Strategie für die Unterhaltsplanung der gemeindeeigenen Gebäude?*
Wir hätten zwei Berichte Rohrer. Der erste umfasse alle Liegenschaften und unterscheide zwischen Instandhaltung und Instandsetzung. Der zweite Bericht sei im Oktober 2009 mit dem Modul Energieeffizienz erstellt worden, aber nicht über alle Liegenschaften, sondern nur über alle Schulhäuser und das Ver-

waltungsgebäude Thunstrasse 74. Das Schulhaus Seidenberg sei nach diesem Bericht nicht das dringendste Objekt. Daneben gebe es noch eine Strategie Heizungssanierungen. Es sei nicht sinnvoll, eine Heizung losgelöst von allen übrigen Prämissen wie Gebäudehülle, Fenster etc. zu sanieren. Der Liegenschaftsausschuss habe daher in Zusammenarbeit mit Elke Bergius eine Prioritätenliste erstellt. Man habe sich gefragt, wo Heizungen am Ablaufen seien, wo die Frist schon abgelaufen sei, wo eine Gesamtanierung vorgenommen bzw. wo das Gesamtobjekt betrachtet werden müsse. Ebenfalls habe man sich gefragt, in welcher Reihenfolge GEAK's zu erstellen seien. Auch in dieser Prioritätenliste gebe es Schulhäuser, die dringender als das Schulhaus Seidenberg seien, beispielsweise die Schulanlage Aebnit oder der Kindergarten Horbern. Manchmal würden die Fakten die Planung überholen, so geschehen letzte Woche, als die Heizung in der Abdankungshalle ausgestiegen sei und ebenfalls letzte Woche diejenige im Gemeindehaus. Man werde hier im Hinblick auf die Gesamtanierung des Gemeindehauses so wenig wie möglich ersetzen. In der Abdankungshalle müsse man dies noch anschauen.

6. *Ist für das Schulhaus Seidenberg schon ein GEAK erstellt?*

Nein. Es könnten nicht alle GEAK's in einem Jahr erstellt werden. Nach der Prioritätenliste sei das Schulhaus Seidenberg im Jahr 2015 an der Reihe.

Sie ersuche den Rat dringendst, dem Kredit zuzustimmen, damit das Dach repariert werden könne. Die Lehrerschaft sei am Rand informiert. Eine umfassende Orientierung der Lehrerschaft Seidenberg erfolge erst, wenn der Rat dem vorliegenden Kredit zugestimmt habe.

Eintreten wird nicht bestritten.

Marc Kästli erklärt, die FDP/jf/EVP-Fraktion habe das Geschäft eingehend studiert. Der GGR habe sich im Rahmen der Schulraumplanung für eine Beibehaltung der sechs Standorte ausgesprochen. Folgerichtig müssten die Liegenschaften in Stand gehalten werden. Die Fraktion begrüsse auch die Bestrebungen, unsere Gemeindeliegenschaften auf einen energieeffizienten Stand zu bringen. Die Notwendigkeit der Sanierung sei aus Sicht der Fraktion unbestritten. Erste Reparaturen aufgrund des Wassereintruchs im Jahr 2006 würden erahnen lassen, dass die Sanierung nicht mehr lange aufgeschoben werden könne. Der Kostenvoranschlag erscheine realistisch, wissend, dass die denkmalpflegerischen Auflagen die Sanierung verteuern würden. Auch die oft hinterfragten Honorarkosten von 9 % bzw. CHF 103'000.00 betrachte die Fraktion als angemessen.

Betreffend Sonnenschutz über den Gläsern erlaube er sich als Fachmann eine Bemerkung: Der aussenliegende Sonnenschutz bzw. die Storen über dem Glas würden sehr wahrscheinlich zu hohen Unterhaltskosten führen, da derartige Systeme regelmässig gewartet werden müssten und man vermutlich nur mit teuren Hebebühnen auf das Dach gelange und hohe Sicherheitsvorkehrungen treffen müsse. Er bitte daher zu prüfen, ob es ein energieeffizientes Glas – wie z.B. eine Spiegelverglasung – gebe, das den aussenliegenden Sonnenschutz ersetzen könnte und das von der Denkmalpflege akzeptiert würde; es sehe ja niemand an das Dach. Ansonsten stimme die Fraktion dem Geschäft zu.

Walter Thut führt aus, die Dachsanierung sei auch bei der forum-Fraktion nicht bestritten. Man danke in diesem Sinn auch bereits für die Planungsarbeiten; wir seien auf guten Weg und würden sicherlich an ein Ziel kommen. Trotzdem sei der Betrag von CHF 1,331 Mio. auch dem forum in die Nase gestochen; man hätte es gerne billiger, aber qualitativ nicht weniger gut. Er möchte drei Punkte aus der geführten Diskussion in der Fraktion erwähnen. Diese würden Details aufgreifen, im Grundsatz werde das Geschäft aber unterstützt:

- Das forum habe sich gefragt, ob es Kostenvergleiche mit anderen Dachsanierungen, beispielsweise bei Schulhäusern, gebe, damit man sehen würde, ob sich die Kosten diesmal in einem üblichen Rahmen oder nicht bewegen würden. Man wisse natürlich, dass jedes Objekt Eigenheiten habe, dass derartige Vergleiche problematisch sein könnten und man also nicht 1:1 vergleichen könne. Über den Vertreter in der GPK habe das forum die hohen Kosten für das Gerüst zur Diskussion gestellt. Man habe erfahren, dass das Gerüst hoch und rundum sein und hohen Sicherheitsstandards genügen müsse, für die Kinder darunter und für die Dachdecker oben. Da komme man wohl nicht darum herum. Aber vielleicht gebe es andere Positionen mit Sparpotenzial.
- Die beiden Positionen "Unvorhergesehenes" und "Reserve" würden insgesamt rund 15 % ausmachen. Auch diesbezüglich habe man aus der GPK gehört, dass man der Meinung sei, dass es etwas mehr Reserve als üblich brauche, da man wisse, dass Überraschungen auftreten könnten. Man nehme nun nicht an, dass sich hinter den grossen Reservepositionen bereits bekannte Risiken verstecken würden, sondern dass es sich um eine solide Planung handle. Man wolle aber an diesem Posten nicht rütteln.
- Wie zu lesen sei, würden alle Dachziegel entfernt. Es handle sich eigentlich um einen soliden Ziegel und sollte er aus dem Jahr 1993 stammen, so sollte geprüft werden, ob wirklich alle zu entsorgen seien oder man vielleicht einen Teil wiederverwenden könnte. Es wäre sicherlich kein substanzieller Beitrag ans Sparen, allerdings würden bei einem grossen Dach auch die Ziegel ins Gewicht fallen und es wäre vielleicht auch ein ökologischer Beitrag.

Dies seien die drei Punkte, die das forum habe aufgreifen und in die Runde werfen wollen. Die forum-Fraktion unterstütze das Geschäft und bitte darum, auf die Kosten zu achten.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion erachte die rasche Dachsanierung als nötig, da es gelte, grössere substanzielle Schäden, die noch entstehen könnten (Winter bei Schnee und Eis/Regen), zu verhindern. Es gelte, den Positionen Gerüstungen, Dachdecker, Montagebau in Holz sowie Metallbauarbeiten auf der Kostenseite grosse Beachtung zu schenken. Die Fraktion werde bei der Vergabe und bei der Schlussabrechnung kritisch sein, da sie den Kostenvoranschlag als sehr sicher und hoch in den Kosten einstufe. Die Fraktion habe sich auch gefragt, ob die Nutzung des oberen Raums von der Schulleitung bereits klar sei.

Kornelia Hässig bedankt sich namens der SP-Fraktion für die Ausführungen von Barbara Künzi. Sie habe ihre Fragen – fair wie sie sei – bereits vorgängig dem Gemeinderat bekannt gemacht. Es sei auch aus SP-Sicht unbestritten, dass das Dach saniert werden müsse. Man müsse es nachisolieren, dies sei klar und koste auch Geld. Es erstaune nicht, dass kein cm mehr isoliert werde, als man müsse; dies sei eher typisch. Wie den Unterlagen zu entnehmen sei, müssten CHF 200'000.00 für ein Baugerüst aufgewendet werden. Aus den Unterlagen sei aber nicht ersichtlich, ob allenfalls in den nächsten 4 Jahren die Heizung oder eine Fassadensanierung anstehe. Es liege auf der Hand, dass der/die geneigte ParlamentarierIn sich bei einem so grossen Projekt einige solche Fragen stelle und sich einiges überlege. Kein Wort auch zu den mittel- oder langfristigen Überlegungen. Das geneigte Ratsmitglied gehe nach dem Aktenstudium klar davon aus, dass sich der Gemeinderat wohl eben keine diesbezüglichen Gedanken mache, sondern seine übliche "Pflästerlipolitik" weiterführe nach dem Motto: "Das ist defekt, als flicken wir jetzt gerade das". Als Besitzerin eines so umfassenden Gebäudeparks müsste die Gemeinde umfassende mittel- und längerfristige Überlegungen anstellen und zwingend das Parlament informieren. Man habe heute einige Informationen erhalten, das sei ihres Erachtens das erste Mal.

Unterdessen habe man auch erfahren, dass die Schulanlage Seidenberg nicht eine der Schulanlagen sei, die in einem sehr schlechten Zustand sei. Man habe ja in den

letzten Jahren auch gerade CHF 750'000.00 in die Erneuerung der Fenster investiert und im Vergleich mit anderen Schulanlagen stehe sie gut da. Seit sie aber den Gemeinderat kenne habe sie das grundsätzliche Problem, dass sie noch nie gesehen hätte, dass sich der Gemeinderat mit der Thematik der mittel- und längerfristigen Sanierung des Gebäudeparks auseinander setze. Aber vielleicht gebe es ein Geheimpapier, das sie einfach nie zu Gesicht bekommen habe. Gesamtanierungen hätten es schwer, sie würden immer hinausgezögert, obwohl Gesamtanierungen vor dem Volk eigentlich selten scheitern würden. Die Gemeinde Zollikofen zum Beispiel habe im Jahr 2005 ein 50-jähriges Schulhaus für CHF 2,7 Mio. vollständig saniert, und zwar erst noch im Minergie-Standard. Vielleicht könnten wir von der Gemeinde Zollikofen etwas lernen. Die Gemeinde Muri gebe zwar einiges an Geld aus, um Studien zu erstellen, bei der Umsetzung sei man dann aber meistens etwas zögerlich und zurückhaltend und mache nur das, was nötig sei. Es sei auch ein offenes Geheimnis, dass im Bau regelmässig der Rotstift massiv angesetzt und ein regelrechtes Streichkonzert veranstaltet werde. Kein Wunder, wenn der Steuerfuss eben ein so wichtiges Thema in unserer Gemeinde sei. Aber irgendeinmal werde der Gebäudepark mit dieser Strategie an die Wand gefahren.

Einige Überlegungen seien immerhin angestellt und der Bericht Rohrer sei nun das erste Mal erwähnt worden. Dieser sei im Jahr 2009 für x-Tausend Franken in Auftrag gegeben worden. Das Dokument heisse "strategische Unterhaltsplanung" und zeige für die nächsten 25 Jahre genau auf, was saniert werden müsse, was auf uns zukomme und mit welchen Kosten zu rechnen sei. Dieses Dokument werde fast wie ein Geheimdokument behandelt und gehütet wie ein Gral. Dies müsse geändert werden, das Parlament habe ein Anrecht zu wissen, was auf uns zukomme, was in den nächsten 25 Jahren anstehe und das Parlament habe auch ein Anrecht zu wissen, ob man sich diesbezüglich Überlegungen mache. Sie würde es sehr begrüßen, wenn der Gemeinderat dem Parlament demnächst seine Gesamtstrategie, zumindest für die 7 wichtigsten Gebäude (Schulen und Verwaltungsgebäude), darlegen würde, was geplant sei und was laufe. Dann müsste man auch nicht bei jedem einzelnen Objekt so viele Fragen stellen und man würde auch die einzelnen Vorhaben in einen grösseren Rahmen stellen. Man wüsste, es laufe etwas, man müsse nun halt hier das Dach sanieren, könne nicht gerade die Fassade ebenfalls sanieren, wüsste aber, dass dies in 10 Jahren angedacht sei. Es könne ja wohl nicht sein, dass das Parlament ein derartiges Projekt – es handle sich immerhin um CHF 1,3 Mio. – einfach so bei dieser Informationslage durchwinke und dafür lieber über CHF 5'000.00 für einen Sonnenschirm im Muribad streite. Sie staune immer wieder, wie wenig so grosse Projekte im Gegensatz zu kleinen zu reden geben würden.

Fazit oder der langen Rede kurzer Sinn: Inskünftig erwarte sie bzw. die Fraktion, dass dem Parlament bei Bauvorhaben klar zahlenmässig aufgezeigt werde, was in den letzten 10 Jahren bei diesem Gebäude gelaufen sei, was gemäss Bericht Rohrer in den nächsten 10 Jahren zu erwarten sei und was sich der Gemeinderat für strategische Überlegungen zum Geschäft mache. Insbesondere müsse von jetzt an auch einfließen, dass mit dem BEakom auch ein energetisches Ziel für den Gebäudepark verfolgt werde. Dies müsse immer mit einbezogen und dargelegt werden.

Dies seien ihre Ausführungen. Sie sollten keine Schelte sein, sondern aufzeigen, welches Vorgehen die SP inskünftig bei Vorhaben im Baubereich erwarte, damit das Parlament seine Beschlüsse sachlich und fachlich korrekt fällen könne. Die SP habe sich zuerst überlegt, ob sie das Geschäft zurückweisen solle. Sie habe aber davon abgesehen, da unbestritten sei, dass das Dach saniert werden müsse und man auch den Baubeginn nicht verzögern wolle. Trotzdem wolle sie den Gemeinderat beauftragen, den Sinn und Zweck einer gleichzeitigen Fassadensanierung abzuklären und dem Parlament das Geschäft im Laufe des Jahres, z.B. nach den Sommerferien, nochmals vorzulegen. Gleichzeitig solle abgeklärt werden, ob eine Photovoltaik-

anlage auf diesem Dach möglich wäre und was dies kosten würde. Dies seien die Anträge; ansonsten stimme die SP-Fraktion dem Geschäft zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Barbara Künzi führt Folgendes aus:

1. Die Anregung von Marc Kästli bezüglich der aussenliegenden Storen nehme sie auf; einen teuren Unterhalt wolle man ja vermeiden. Sie wisse nur nicht, ob die Denkmalpflege dies bewilligen würde.
2. Zu Walter Thut betr. Dachziegel: Im Kostenvoranschlag würden sämtliche Ziegel als zu ersetzen bezeichnet. Es sei ganz klar so, dass diese nicht einfach entsorgt würden. Diejenigen, welche noch gut seien, würden selbstverständlich auf die Seite gelegt für allfällige zukünftige Dachreparaturen.
3. Zu Christian Spycher betr. Raum unter dem Dach: Sie glaube, es handle sich um Zeichnungsräume.
4. Zu Kornelia Hässig: Sie nehme zur Kenntnis, dass die Strategie gemäss Bericht Rohrer offenbar Kornelia Hässig nicht bekannt sei. Sie werde selbstverständlich bei den nächsten Geschäften noch etwas ausführlicher darauf eingehen. Was den Antrag betr. Gebäudeisolation Schulanlage Seidenberg angehe, so müsste sie wohl mit einem Kredit kommen, da so etwas teuer wäre.

Der Vorsitzende erklärt in Bezug auf die ihm nun schriftlich vorliegenden Anträge der SP, dass er dafür halte, dass das Abklären bezüglich Fassadensanierung keinen direkten Zusammenhang mit dem Geschäft habe. Bei der Photovoltaikanlage könnte man darüber streiten. Zeitlich dringend sei dies nicht, die SP führe ja aus, sie unterstütze das Geschäft. Sein Vorschlag zur Güte wäre, den Antrag als Vorstoss einzureichen und auf normalem parlamentarischem Weg bearbeiten zu lassen.

Kornelia Hässig (SP) erklärt sich damit einverstanden.

Das Schlusswort wird weder von Isabelle Gossweiler noch von Barbara Künzi verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Für die Dachsanierung des Oberstufentrakts der Schulanlage Seidenberg wird ein Objektkredit von CHF 1'331'000.00 bewilligt (inkl. MWST).

6 Autobahnanschluss A6 Muri / Verkehrsmassnahmen; Beantwortung von Fragen der Parlamentsmitglieder

Der Vorsitzende führt aus, anlässlich der letzten Sitzung habe der Rat schriftliche Informationen des Gemeinderats zu diesem Thema erhalten und er sei aufgefordert worden, Fragen dazu zu stellen. Der Gemeinderat habe sich bereit erklärt, dies nochmals so zu traktandieren, dass sich die Ratsmitglieder hätten vorbereiten können, wie dies gefordert worden sei. Damit alle Ratsmitglieder Gelegenheit hätten, ihre Fragen zu stellen, bedürfe es einer gewissen Disziplin, welche er gewillt sei aufrecht zu erhalten. Das vorliegende Geschäft stelle eine freiwillige Information des Parlaments durch den Gemeinderat dar, verbunden mit der Möglichkeit, sich Sachfragen beantworten zu lassen. Das Geschäft falle grundsätzlich in die Zuständigkeit des Gemeinderats; soweit dies – insbesondere aufgrund der Finanzkompetenz – nicht mehr der Fall sein sollte, werde der Gemeinderat entsprechende Anträge traktandieren lassen. Die Verfahrensbeteiligung der Bevölkerung erfolge auf dem vorgeschriebenen Weg im Verwaltungsverfahren; die Publikation der Massnahmen sei vorgesehen. Weiter werde auch eine Infoveranstaltung für die Bevölkerung durchge-

führt werden. Falls darüber hinaus eine Traktandierung des Geschäfts im Parlament gewünscht würde, so würden den Ratsmitgliedern dafür die Mittel des parlamentarischen Vorstosses zur Verfügung stehen und allen Einwohnern selbstverständlich ihre politischen Rechte.

So viel zur Einleitung. Das Prozedere werde anschliessend erläutert. Wer sich zur Verbesserung seiner Sicht auf die Leinwand umplatzen möchte, könne dies selbstverständlich tun.

Christian Staub erklärt, der Vorsitzende habe bereits über Inhalt und Zweck dieser Information orientiert. Bevor die PowerPoint-Präsentation auf der Leinwand zu sehen sei, möchte er zwei, drei Dinge nochmals erwähnen. Die schriftliche Berichterstattung des Gemeinderats sei anlässlich der letzten GGR-Sitzung bereits verteilt worden. Heute solle nun noch dargestellt und erklärt werden, was konkret innerhalb des Gemeindeperimeters vorgesehen sei und mit welchen konkreten Massnahmen die Umsetzung erfolgen solle. Wichtig sei hier noch zu erwähnen, dass alle Massnahmen das Resultat aus der eigens dafür gebildeten Begleitgruppe seien. Die Planungs- und Verkehrskommission sei grösstenteils mit den Absichten und Vorschlägen der Begleitgruppe einverstanden gewesen und habe diese zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat habe seinerseits im Dezember 2012 die Massnahmen beschlossen. Ernst Soltermann werde nun diese kurz erklären und zeigen, wo welche Massnahmen mit welchen Ausgestaltungen und technischen Einrichtungen und Hilfsmitteln geplant seien.

Ernst Soltermann, Leiter Umwelt und Verkehr, führt aus, es sei viele Jahre her, dass diese Planung angefangen habe. Die Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit dem Autobahnanschluss A6 Muri seien schon vor einigen Jahren aufgetaucht. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, weshalb das ASTRA die Federführung übernommen habe, weil das ASTRA neu seit 2008 nicht nur für das Nationalstrassennetz zuständig sei, sondern auch die Kreisel übernommen habe, die man als erstes befahre, wenn man ab der Autobahn komme oder auf die Autobahn fahren wolle. Es sei klar gewesen, dass wir ein Verkehrsproblem hätten; die drei Kreisel Eichholz, Feldstrasse und Gümligenfeld würden ein Nadelöhr darstellen und sobald eine gewisse Verkehrszahl überschritten werde, insbesondere während des Abendverkehrs, würden Probleme entstehen. Man habe nicht nur mit dem ASTRA verhandelt, sondern auch der Kanton Bern sei involviert gewesen, da die Thunstrasse Richtung Allmendingen eine Kantonsstrasse sei und die T10 in Kantonshoheit liege (dies werde wechseln).

Ernst Soltermann erläutert anhand der PowerPoint-Präsentation, die integrierenden Bestandteil dieses Protokolls bildet, die vorgesehenen Massnahmen.

Ernst Soltermann erklärt abschliessend, für die meisten Anwesenden sei dies nun eine mehrfache Wiederholung gewesen, viele seien ja auch in der Begleitgruppe gewesen. Es handle sich um ein schwieriges Thema, aber wenigstens werde es, im Gegensatz zum vorangehenden Geschäft, nicht sehr viel kosten.

Beatrice Pulver (SVP) schlägt bezüglich Scheyenholz-Kreisel vor, dass man grundsätzlich eine gleiche Lösung wie unten in Worb vorsehen sollte. Es nütze nichts, wenn der Scheyenholz-Kreisel derart vergrössert werde. Die Situation mit dem "Bähnli" sei die gleiche wie in Worb. Wenn man am Abend über die T10 via Siloah nach Gümligen gelangen wolle, stehe man schon heute um ca. 16.30 Uhr bis weit hinunter und um 17.30 / 18.00 Uhr stehe man noch weiter unten an. Wenn nun der ganze Verkehr, der ja nicht mehr über die Feldstrasse führen solle, über den Scheyenholz-Kreisel geführt werde, so gehe irgendetwas nicht auf. Es werde ein noch grösseres Verkehrschaos als bis anhin entstehen, auch wenn der Kreisel etwas

grösser sei. Die Situation, dass alle 10 Minuten bzw. noch fleissiger ein "Bähnli" komme, bleibe die gleiche. Für sie handle es sich hier um einen Überlegungsfehler.

Ernst Soltermann erklärt, er könne diesen Einwand gut verstehen. Das Ziel wäre gewesen, den Kreisel so auszubauen, dass die heutige Situation, wo man an die Kapazitätsgrenze stosse, verbessert werden könne. An diesem Standort sei aber eine zu geringe Verbesserung möglich, weshalb die Verlegung geplant sei. Auf der T10 kommend würde man bei der kleinen Brücke links abbiegen, das Ackerland überqueren und direkt auf die Worbstrasse gelangen. D.h. die Liegenschaften, die nun entlang des Kreisels seien, lägen neu rechts der T10. Diese Liegenschaften würden davon profitieren, dass der Kreisel an den neuen Standort verlegt werde. Dort könne man einen Turbo-Kreisel bauen, der den Verkehr bewältigen könne. Der Teil der T10, der nun am Ende sei, werde zurückgebaut und werde wieder zu Ackerland. Es handle sich um eine Lösung, die der Kanton und das ASTRA allein bezahlen würden, die Gemeinde habe sich nicht zu beteiligen. Schlussendlich werde mehr Land frei, als neu verbraucht werde. Es seien ca. 4 oder 5 Varianten ausprobiert und Verkehrssimulationen durchgeführt worden. Es werde klappen, wobei es sich um einen massiven Eingriff handeln werde. Wenn man vom Siloah her komme, fahre man heute rechts an den Liegenschaften vorbei und gelange auf den Kreisel. Neu werde man schon vor diesen Liegenschaften auf den Kreisel gelangen und biege dann rechts auf die T10 ab.

Beatrice Pulver (SVP) erkundigt sich, ob es sich dort nicht um eine Schutzzone handle.

Ernst Soltermann entgegnet, es handle sich nicht um eine Schutzzone. Bei einer Annahme der Ortsplanungsrevision wäre es ein Schutzgebiet gewesen. Das Vorhaben wäre aber auch dann möglich gewesen. Es hätten auch schon Pläne existiert, die T10 zu verlängern und in einen Tunnel zu führen, der im Grauholz hervorgekommen wäre. Dies wäre trotz des damals schon angedachten Schutzgebietes möglich gewesen. Für uns wäre es auch insofern ein Vorteil, als der Umweg wegen der Sperrung der Feldstrasse etwas weniger weit wäre für diejenigen, die über die heutige T10 fahren würden.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, in der Begleitgruppe habe man auch darüber gesprochen, was mit der Moosstrasse passiere. Sie finde die Ideen gut und wolle sich auch im Namen der Begleitgruppe dafür bedanken, dass so viele der Anregungen aufgenommen worden seien. Die Moosstrasse empfinde sie aber etwas als "heilige Kuh". Sie sei relativ breit und es wäre doch eine Option, dass man dort auch eine Verbindungsstrasse hätte. Erstens gelange man direkt zum Einkaufszentrum, zweitens direkt zur CS, drittens direkt zum Bahnhof. Es wäre doch eine Überlegung wert, dort noch eine Möglichkeit zu überdenken. Wenn die Feldstrasse punktuell zu sei und alles über die T10 geführt werden solle, bestehe eben gleichwohl die Gefahr, dass man den Verkehr in der Aebnitstrasse und der Thorackerstrasse habe. Weshalb habe man also nicht darüber nachgedacht?

Ernst Soltermann führt aus, es gebe wohl zwei Gründe. Als die Shuttle-Piste gebaut worden sei, habe der Gemeinderat vielen das dezidierte Versprechen abgegeben, der motorisierte Individualverkehr werde nie dort durchführen, sondern die Shuttle-Piste sei gedacht für den Bus ins Gümligenfeld. Dabei habe es sich um ein politisches Versprechen gehandelt. Zweitens würde es in der Realität seiner Ansicht nach nichts bringen, da das Nadelöhr beim Kreisel Gümligenfeld liege. Der Kreisel Gümligenfeld müsse schon jetzt mit dem gewöhnlichen Feierabendverkehr, der vom Gümligenfeld komme, dosiert werden. Die Feldstrasse werde dosiert mit einer Ampel und der Verkehr vom Gümligenfeld werde dosiert mit einer Ampel. Dort liege heute schon der Schwachpunkt. Den Verkehr über die Moosstrasse wieder auf das gleiche

Nadelöhr zu lenken, mache keinen Sinn. Es sei wichtig, dass der Verkehr aussen herum geführt werde und nicht auf die Kreisel losgelassen werde. Er gehe davon aus, dass die Shuttle-Piste schon irgendeinmal gebraucht werde, dass der 40er oder der 44er Bus diese befahren werde und entweder über die eine oder die andere Route das Gümligenfeld anbinde.

Jürg Aebersold (SVP) erklärt zum Kreisel Rüfenacht, er habe kurz Einblick in die diskutierten Varianten nehmen können. Wenn jemand einmal die Autobahn in Thun Süd verlasse – wo sich ein grosses Einkaufszentrum und das Fussballstadion des FC Thun befinden würden – sehe er die Lösung eines Kreisels, der nur zum Abbiegen sei. Diejenigen, die geradeaus fahren wollten, würden alle neben dem Kreisel durchfahren und dies funktioniere einwandfrei. Sodann sei die A6 nicht erwähnt worden, wo auch etwas im Tun sei, indem temporär - zu gewissen Zeiten - 6 Spuren vorgesehen würden. Dies werde beim heute tagtäglichen Rückstau auf der Autobahn A6 Richtung Bern natürlich schon zu einer Entlastung führen. Heute würden viele Autofahrer die Autobahn in Muri verlassen und via "Roten Platz" nach Ostermundigen fahren. Am Abend sei dann wieder die gleiche Situation. Dies werde hier nirgends erwähnt und er wisse nicht, ob dies noch geheim sei. Die Planung laufe aber.

Ernst Soltermann bedankt sich für die Unterstützung für den Turbo-Kreisel; er sei überzeugt davon, dass dieser klappen werde. Was die Autobahn A6 betreffe, so seien die Ausführungen von Jürg Aebersold zutreffend. Dies werde uns entlasten. Es sei nicht ein schleichender Ausbau auf 6 Spuren geplant, ohne dass die Muriger oder Gümliger dies merken würden. Der Bundesrat habe diverse Strecken in der gesamten Schweiz freigegeben, wo die sogenannte PUN (PannenstreifenUmNutzung) eingeführt werden dürfe. Im Welschland, Richtung Genf, seien Versuche durchgeführt worden und man habe festgestellt, dass bei einer Freigabe der Pannenstreifen während der Morgenspitze und der Abendspitze a) weniger Immissionen aufgetreten seien und b) weniger Stausituationen. Gleichzeitig sei das Tempo auf 80 km/h reduziert worden, damit der Verkehr flüssiger laufe. Es handle sich um keine Kapazitätserweiterung! Das Problem könnte aber nicht damit gelöst werden, da ab dem Ostring Richtung Zürich die nötige Breite gar nicht vorhanden wäre. Uns Muriger könnte dies indessen helfen, dass der Morgenverkehr zu gewissen Zeiten bis zum Ostring auf dem Pannenstreifen geführt werden könnte. Es würde dann so signalisiert, wie wir dies von den Tunnels her kennen würden: 2 Spuren mit einem grünen Pfeil und beim Pannenstreifen ein rotes Kreuz, wenn er nicht gebraucht werden dürfe. Werde der Pannenstreifen dann freigegeben, seien es drei grüne Pfeile. Dies bedinge natürlich Notfallbuchten, wenn jemand eine Panne hätte und es seien gerade diesbezügliche Anfragen des ASTRA bei privaten Grundeigentümern in Gümligen und auch bei der Gemeinde eingelangt. Es handle sich um eine Massnahme, welche klipp und klar als Verstetigung des Verkehrs, als Verbesserung der Sicherheit definiert werde. Sie habe nichts mit dem Ausbau zu tun, entlaste uns aber, indem die unangenehmen Gewohnheiten – Verlassen der Autobahn in Muri, via Feldstrasse, Tannackerstrasse, Dennigkofenweg nach Ostermundigen – abnehmen sollten, da der Verkehr auf der A6 nach Bern besser fliesse. In der Gegenrichtung, aus der Stadt heraus, werde die PUN ganz sicher nützen, da nachher kein Nadelöhr vorhanden sei. Es handle sich aber nur um eine vorübergehende und zeitlich beschränkte Massnahme. Gemäss Verkehrssimulationen sollten sie aber für Muri Entlastungen bringen. Sie seien für 2014/2015 vorgesehen.

Martin Humm (EVP) führt aus, auf der Folie "Thorackerstrasse, Linksabbieger in Thunstrasse aufheben" sei erwähnt "Radweg erstellen (wenn Grundeigentümer einverstanden)". Er möchte wissen, was für ein Radweg hier gemeint sei.

Ernst Soltermann erklärt, auf der Strecke zwischen Worbstrasse und Storchenweg sei ein relativ breites Trottoir. Dort könnten die Velofahrer schon jetzt abseits der

Strasse fahren. Dann komme eine Strecke, die vor allem als Schulweg etwas ungünstig sei. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision wäre ein Durchgang vorgesehen gewesen. Nach Ablehnung der Ortsplanungsrevision habe man sich nun überlegt, ob man nicht auf der Höhe Storchenweg einen Mergelweg errichten könnte. Es müsste aber noch das Einverständnis der Grundeigentümer eingeholt werden. Für die Sicherheit der Schulkinder wäre ein solcher Mergelweg sicherlich förderlich und er wäre auch mit wenig Geld realisierbar.

Peter Kneubühler (FDP) erkundigt sich nach den konkreten Massnahmen bei der Worbstrasse, im Bereich Siloah, ab Gemeindegrenze.

Ernst Soltermann führt aus, nach der Haco-Unterführung möchte man als erstes, dort wo die Bahnhofstrasse beginne, die Strasse etwas nach links "drücken", so dass es eine schärfere Kurve geben würde. Die "Trompete" in die Bahnhofstrasse würde ganz leicht gedrückt, damit eine Verbesserung der Sicherheit für die Fussgänger entstehen würde. Dann sei nichts vorgesehen bis zur Hinteren Dorfgasse. Bei der Einmündung der Hinteren Dorfgasse über den Bähnlibetrieb und bei der Einmündung in den Allmendingenweg möchte man einen besseren Mittelbereich machen, damit das Abbiegen leichter sei. Wenn die ISB am Allmendingenweg sei und der Verkehr dort durchführe, brauche es eine bessere Breite in der Mitte, damit man sauber einspuren könne. Dann sei wieder eine normale Spur bis zur Nussbaumallee, wo sie wiederum breiter würde. Man werde sehen, ob der Kanton dort Privateigentum erwerben müsste. Man wolle einen Mittelbereich bis Ende Siloah schaffen; nachher wäre die Strasse bis zum vorher erwähnten Kreisel wiederum normal. Im vorgesehenen breiteren Mittelbereich würden vermutlich hie und da Bäume gesetzt, da diese am Rand gefällt werden müssten.

Peter Kneubühler (FDP) erklärt, dies sei genau das, was er habe hören wollen. Ob es tatsächlich wahr sei, dass man Bäume mitten auf die Strasse pflanzen wolle; ob er dies richtig verstanden habe!? Dies wäre ja verkehrssicherheitstechnisch das Blödste, was man machen könnte. Er habe nichts gegen das Pflanzen von Bäumen, aber doch nicht mitten auf der Strasse.

Ernst Soltermann verweist auf viele Ortseinfahrten – Wichtrach, Kiesen oder wo auch immer –, wo im Normalfall ein Mittelbereich geschaffen worden sei, ein "Bandeli", wo in der Regel ein Baum drin stehe. Ob dies in 20 oder 30 Jahren immer noch eine schlaue Lösung sei, könne er heute noch nicht sagen. Rein von der Sicherheit her denke er, dass es keinen grossen Unterschied mache, ob nun eine schwarz-gelbe Säule oder ein Baum dort stehe. Er wolle dies aber nicht als sein Projekt verteidigen. Es handle sich um ein Kantonsprojekt und da würden wohl viele Leute "den Kopf schräg halten". Die Bäume wären aus seiner Sicht kein grosses Problem und die Ortseingänge müsse man gestalterisch etwas angehen, wie man auch in der Ortsplanungsrevision gesehen habe.

Christian Staub führt bezüglich Siloah aus, es handle sich um einen recht neuralgischen Teil der Worbstrasse und er sei ebenfalls der Meinung, dass dort Massnahmen nötig seien. Diese Massnahmen dürften aber einen allfälligen Ausbau der RBS auf 2 Spuren nicht tangieren. Ein solcher sei in absehbarer Zeit ein Thema und es brauche ein gemeinsames Planen, damit auch in Zukunft ein sinnvolles Nebeneinander möglich sei.

Thomas Hanke erklärt, er habe noch zwei Ergänzungen bezüglich ASTRA:

1. Mit dem ASTRA sei vereinbart, dass die PUN-Vorbereitungsarbeiten, in welche der Gemeinderat involviert sei, am Donnerstag kommuniziert würden. Es erfolge also morgen eine Pressemitteilung an Bund und BZ.

2. Das ASTRA plane nicht nur beim Autobahnanschluss Muri, sondern auch beim Eisstadion. Von Bolligen her solle die Zufahrt zur Autobahn massiv verbessert werden, so dass man schneller auf die Autobahn gelange und der Hin- und Rückverkehr via Ostermundigen und Gümligen nicht mehr attraktiv sei.

Ernst Soltermann führt ergänzend aus, es werde gleichzeitig auch der Autobahnanschluss Rubigen geplant. Eine Verkehrssimulation werde nicht nur kleinräumig – "wie ist es in Muri" – gemacht, sondern es werde das ganze Gebiet geplant. Da seien Rubigen, Worb, der Scheyenholz-Kreisel, Muri und Bern enthalten. Es würden keine Einzelmassnahmen getroffen, sondern es werde alles koordiniert.

Christian Staub verweist darauf, dass die Info-Veranstaltung am 6. Mai 2013 im Mattenhofsaal stattfinde. Alle Stufen – Bund, Kanton und Gemeinde – seien dort vertreten. Die ganze Sache werde öffentlich aufgelegt, die Publikation erfolge im Mai.

7 Informationen des Gemeinderats

Thomas Hanke erklärt, das revidierte Raumplanungsgesetz, welches anlässlich der letzten Abstimmung angenommen worden sei, habe Auswirkungen auf die Ortsplanungen der Gemeinden. Wie der Tagespresse bereits zu entnehmen gewesen sei, komme beispielsweise Vechigen darüber ins Schleudern, ob sie mit den Fristen noch funktionieren könnten. Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, namentlich das AGR, habe in der Bernischen Systematischen Information der Gemeinden ein erstes Merkblatt darüber herausgegeben, welches die Auswirkungen des revidierten Raumplanungsgesetzes seien. Die Information werde soeben an alle verteilt. Bei uns sei dringender Handlungsbedarf tel quel nicht ersichtlich, da wir ja zurzeit keine Einzonungsprojekte hätten. Wir müssten jedoch in Einzelfällen prüfen, ob noch offene Punkte zu erledigen seien, da verschiedene Projekte in der letztlich abgelehnten Ortsplanungsrevision enthalten gewesen seien. Er werde wieder entsprechend orientieren.

8 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion SP-Fraktion betr. Schulanlage Seidenberg

Der Gemeinderat klärt Sinn und Zweck, sowie die Kosten einer Fassadensanierung ab und legt dem Parlament nach den Sommerferien die Ergebnisse seiner Abklärungen vor. Im gleichen Zuge klärt er auch Sinn und Zweck, sowie die Kosten einer Sonnenkollektor- oder Photovoltaik-Anlage ab.

Muri bei Bern, 19.03.2013

K. Hässig Vinzens

B. Fitze Wehrle, L. Müller Frei, B. Schneider, M. Graham, J. Stettler, K. Jordi, M. Kämpf, B. Wegmüller, M. Manz, Y. Brügger, V. Näf (12)

Postulat SP-Fraktion betreffend Kriterien für Beiträge an kulturelle Institutionen und Veranstaltungen innerhalb und ausserhalb der Gemeinde

An der Sitzung vom 19. März 2013 befand der Grosse Gemeinderat über einen freiwilligen Investitionsbeitrag der Gemeinde an die Sanierung des Stadttheaters Bern.

Aus Sicht der SP Muri-Gümligen ist dieser Beitrag völlig unbestritten. Das Stadttheater wird von Einwohnerinnen und Einwohnern geschätzt und rege benützt. Die

Institution hat eine grosse kulturelle Ausstrahlung und trägt, neben vielen anderen kulturellen Institutionen und Anlässen in der Region Bern, zur Attraktivität von Muri als Wohnort bei.

In Gesprächen taucht immer wieder die Frage auf, weshalb gerade diese Institution oder jener Anlass von der Gemeinde unterstützt werden. Die Gefahr besteht, dass ein kulturelles Engagement gegen ein anderes ausgespielt wird. Solchen wenig produktiven Ansinnen kann nur mit nachvollziehbaren Kriterien und mit Transparenz begegnet werden.

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Grossen Gemeinderat zu berichten, welche regelmässigen Beiträge in welcher Höhe er an kulturelle Institutionen / Veranstaltungen in unserer Gemeinde und ausserhalb der Gemeinde spricht und von welchen Kriterien er sich für die Auswahl dieser Institutionen / Veranstaltungen leiten lässt.

Im Vordergrund stehen für die SP nicht die Höhe der einzelnen Beiträge, sondern die Entscheidungskriterien.

Die Berichterstattung des Gemeinderats wird dem Grossen Gemeinderat eine fundierte Diskussion über die kulturelle Förderung durch die Gemeinde ermöglichen.

Muri bei Bern, 19. März 2013

L. Müller Frei

K. Hässig Vinzens, F. Fitze Wehrle, B. Schneider, M. Graham, J. Stettler, K. Jordi, W. Thut, M. Kämpf, B. Marti, B. Wegmüller, M. Manz, Y. Brügger, V. Näf (14)

Interpellation SP-Fraktion betreffend Sitzungsgelder und Nebeneinkünfte aus amtlicher Tätigkeit für das hauptamtliche Gemeindepräsidium

Der hauptamtliche Gemeindepräsident (gegebenenfalls die hauptamtliche Gemeindepräsidentin) erzielt in der Gemeinde Muri bei Bern ein Erwerbseinkommen von weit über 200'000 Franken pro Jahr. Für die verantwortungsvolle Aufgabe ist dies eine sehr gute Entschädigung.

Deshalb liest man mit Verwunderung in Art. 88 des Personalreglements, dass der Gemeindepräsident Anspruch auf Sitzungsgelder für Sitzungen nach 18 Uhr und an arbeitsfreien Tagen habe.

Unklar ist die Handhabung von Nebeneinkünften, die als Abgeltung des Einsitzes des hauptamtlichen Gemeindepräsidenten von Amtes wegen in Verwaltungsräten oder anderen Gremien erzielt werden. Hier müsste man davon ausgehen, dass derartige Nebeneinkünfte angesichts des beachtlichen Einkommens für das Gemeindepräsidium direkt der Gemeinde gutgeschrieben werden.

Wir stellen deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Regelung von Art. 88 aus aktueller Sicht, hält er diese Zusatzeinkünfte des Gemeindepräsidenten für vertretbar?
2. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass eine Änderung des Reglements angezeigt ist?
3. Welches sind die Regelungen bezüglich anderen Nebeneinkünften des Gemeindepräsidenten, die in Art. 88 nicht erfasst werden, die aber von Dritten in Zusammenhang mit seiner Funktion ausbezahlt werden?
4. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass derartige Einkünfte der Gemeinde zufließen sollten, da der Aufwand mit dem regulären Einkommen abgegolten ist?

5. Welches sind die Regelungen bezüglich Nebeneinkünften der übrigen Mitglieder des Gemeinderates?
6. Auf welche Beträge summierten sich 2011 und 2012 die Sitzungsgelder des Gemeindepräsidenten gemäss Art. 88 und die Nebeneinkünfte des Gemeindepräsidenten und der Mitglieder des Gemeinderats aus amtlicher Tätigkeit?

Muri bei Bern, 19. März 2013

B. Wegmüller

K. Hässig Vinzens, B. Fitze Wehrle, L. Müller Frei, B. Schneider, Y. Brügger, M. Manz, V. Näf (8)

Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Auswirkungen des neuen Raumplanungsgesetzes auf die Ortsplanung von Muri-Gümligen

Am 3. März 2013 hat das Schweizerstimmvolk der Revision des Raumplanungsgesetzes zugestimmt. Auf Frühjahr 2014 soll das neue Gesetz in Kraft treten. Ich diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen hat das revidierte Raumplanungsgesetz auf die Ortsplanung der Gemeinde Muri?
2. Mit welchem Vorgehen und welchen Massnahmen plant der Gemeinderat die nächsten Schritte einer erneuten Ortsplanung für die Gebiete von Muri-Gümligen?
3. Wie werden die Parteien, Quartiervereine und die Bevölkerung in den Planungsprozess einbezogen (Partizipatives Vorgehen)?
4. Beabsichtigt der Gemeinderat für die Ortsplanung ein qualifiziertes Verfahren mit einem Wettbewerb durchzuführen?
5. Wird der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Zwischenentscheide zur Ortsplanung (Meilensteine) unterbreiten?
6. Mit welchen Kosten ist für die Neubearbeitung der Ortsplanung zu rechnen?

Gümligen, 19.3.2013

B. Wegmüller

Interpellation Yong Brügger (SP) betreffend Aufbau des Glasfasernetzes in Muri

Ein Glasfasernetz gehört in die Grundausstattung des Service Public wie die Wasserversorgung. Der rasche Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ist für die Einwohner und KMU in Muri von zentraler Bedeutung. Neue Anwendungen (Telearbeit, Telemedizin, 3D Video Streaming, Ultra HD TV usw.) und die Verwendung datenintensiver Apps und der Siegeszug des Cloud Computing beanspruchen viel Bandbreite. Innerhalb der letzten Jahre haben sie im Durchschnitt um 160% pro Jahr zugenommen. Tendenz steigend mit dem digitalen Fortschritt. Die Glasfaser-Erschliessung spielt somit eine bedeutende Rolle für die Lebensqualität der Murigerinnen und Muriger und ist unersetzbar um im Standortwettbewerb weiterhin vorne mithalten zu können.

Glasfasern ermöglichen ferner die Umsetzung des Smart Meter (elektronische Zähler) und Smart Grid (intelligente Netze). Ein fernauslesbarer Energiezähler und ein intelligentes Stromnetz können genauen Aufschluss über den Energieverbrauch geben. Geräte unabhängig vom Standort können gesteuert werden (z.B. Heizungen) und stromintensive Tätigkeiten auf Zeiten verschoben werden, in denen günstiger Strom vorhanden ist (um Energie zu sparen). Gerade erneuerbare Energien könnten

von dieser Optimierung besonders profitieren. Glasfasernetze sind somit unerlässlich für die Erreichung der Ziele betreffend Energiewende.

Grundvoraussetzung für diesen raschen Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Muri sind die Erkennung der Bedeutung des Glasfasernetzes durch den Gemeinderat, die Wahrnehmung der politischen Verantwortung und die strategische Vision für die Entwicklung der Gemeinde Muri.

In diesem Zusammenhang, erlaube ich mir, dem Gemeinderat, folgende Fragen zu stellen:

1. Im Jahr 2011 hat der damalige Gemeinderat geschrieben, die gbm baut „das HFC-Netz innert rund 10 Jahren zu einem Glasfasernetz aus“. In diesem Fall wird Muri eine der letzten Gemeinden in der Schweiz sein, die über ein flächendeckendes Glasfasernetz verfügt. Ist der jetzige Gemeinderat offen für die Diskussion und die Anpassung des Zeitplans an die neue Situation?
2. Wie viel Prozent der Haushalte in Muri sind heute mit einem Glasfasernetz erschlossen?
3. Hat der Endnutzer in Muri die Wahlfreiheit der Anbieter?
4. Wie sieht das allfällige strategische Konzept und der allfällige detaillierte Zeitplan (wie viel % Haushalte ab wann mit einem Glasfaseranschluss versorgt werden) aus?
5. Gibt es Kooperationspartner schon jetzt (oder in Zukunft)?
6. Ist es möglich, dass alle diese Informationen im Internet veröffentlicht werden? Falls nicht, mit welcher Begründung?

Muri, 19.03.2013

Y. Brügger

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die April-Sitzung ausfallen werde. Der Rat werde somit anlässlich der Mai-Sitzung wieder zusammenkommen.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Markus Bärtschi

Anni Koch

Beilage:

PowerPoint-Präsentation zu Traktandum 6